

Bürgerbewusstsein. Schriften zur Politischen Kultur  
und Politischen Bildung

RESEARCH

Holger Onken

# Parteiensysteme im Wandel

Deutschland, Großbritannien,  
die Niederlande und Österreich  
im Vergleich



Springer VS

---

# **Bürgerbewusstsein. Schriften zur Politischen Kultur und Politischen Bildung**

Band 7

Herausgegeben von  
D. Lange

Bürgerbewusstsein bezeichnet die Gesamtheit der mentalen Vorstellungen über die politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit. Es dient der individuellen Orientierung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und produziert zugleich den Sinn, der es dem Menschen ermöglicht, vorgefundene Phänomene zu beurteilen und handelnd zu beeinflussen. Somit stellt das Bürgerbewusstsein die subjektive Dimension von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dar. Es wandelt sich in Sozialisations- und Lernprozessen und ist deshalb – zentral für alle Fragen der Politischen Bildung. Das Bürgerbewusstsein bildet mentale Modelle, welche die gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse subjektiv verständlich, erklärbar und anerkennungswürdig machen.

Die mentalen Modelle existieren in Entstehungs- und Wirkungszusammenhängen mit der Politischen Kultur. Auf der Mikroebene steht das Bürgerbewusstsein als eine mentale Modellierung des Individuums im Mittelpunkt. Auf der Makroebene interessieren die gesellschaftlichen Bedingungen und sozialen Kontexte des Bürgerbewusstseins. Auf der Mesoebene wird untersucht, wie sich das Bürgerbewusstsein in Partizipationsformen ausdrückt.

Die „Schriften zur Politischen Kultur und Politischen Bildung“ lassen sich thematisch fünf zentralen Sinnbildern des Bürgerbewusstseins zuordnen: „Vergesellschaftung“, „Wertbegründung“, „Bedürfnisbefriedigung“, „Gesellschaftswandel“ und „Herrschaftslegitimation“.

„Vergesellschaftung“: Das Bürgerbewusstsein verfügt über Vorstellungen darüber, wie sich Individuen in die und zu einer Gesellschaft integrieren. Welche Vorstellungen existieren über das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft? Wie wird soziale Heterogenität subjektiv geordnet und gruppiert?

„Wertbegründung“: Das Bürgerbewusstsein verfügt über Vorstellungen darüber, welche allgemein gültigen Prinzipien das soziale Zusammenleben leiten. Welche Werte und Normen werden in politischen Konflikten, gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und ökonomischen Unternehmungen erkannt?

„Bedürfnisbefriedigung“: Das Bürgerbewusstsein verfügt über Vorstellungen darüber, wie Bedürfnisse durch Güter befriedigt werden. Welche Konzepte über das Entstehen von Bedürfnissen, die Produktion von Gütern und die Möglichkeiten ihrer Verteilung (u. a. Marktkonzepte) werden verwendet?

„Gesellschaftswandel“: Das Bürgerbewusstsein verfügt über Vorstellungen darüber, wie sich sozialer Wandel vollzieht. Wie werden die Ursachen und die Dynamik sozialen Wandels erklärt? In welcher Weise wird die Vergangenheit erinnert und die Zukunft erwartet?

„Herrschaftslegitimation“: Das Bürgerbewusstsein verfügt über Vorstellungen darüber, wie partielle Interessen allgemein verbindlich werden. Wie wird die Ausübung von Macht und die Durchsetzung von Interessen beschrieben und gerechtfertigt? Welche Konflikt- und Partizipationsvorstellungen sind erkennbar?

Die Reihe „Bürgerbewusstsein“ veröffentlicht empirische, normative, reflexive und anwendungsbezogene Studien. Die *empirische Forschung* untersucht die Tatsächlichkeit des Bürgerbewusstseins. Sie fragt nach den vorhandenen Kompetenzen von Bürgerinnen und Bürgern, sowie nach den kommunikativen, diskursiven und strukturellen Bedingungen dieser Kompetenz. *Normativ* wird nach der Wünschbarkeit des Bürgerbewusstseins gefragt. Den Referenzpunkt stellt die Mündigkeit von Bürgerinnen und Bürgern und ihr Anspruch auf gleichberechtigte gesellschaftliche Partizipation dar. Die *reflexive Forschung* untersucht die Möglichkeit des Bürgerbewusstseins. Es stellt sich die Frage, welche sozialen Kontexte, fachlichen Inhalte und unterrichtliche Situationen das Bürgerbewusstsein wie verändern. Die *anwendungsbezogene Forschung* untersucht die Beeinflussbarkeit des Bürgerbewusstseins. Die Entwicklungsaufgabe zielt auf die Strukturierung Politischer Bildung in Schule und Gesellschaft.

**Herausgegeben von**  
Dirk Lange

---

Holger Onken

# Parteiensysteme im Wandel

Deutschland, Großbritannien,  
die Niederlande und Österreich  
im Vergleich

Holger Onken  
Oldenburg, Deutschland

Dissertation Carl von Ossietzky Universität, Oldenburg, 2013

ISBN 978-3-658-02501-4

ISBN 978-3-658-02502-1 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-02502-1

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.  
[www.springer-vs.de](http://www.springer-vs.de)

## Vorwort

Das vorliegende Buch geht auf das Manuskript meiner Dissertation zurück. Ich möchte allen Danken, die mich bei der Entstehung unterstützt haben.

Allen voran danke ich meinem Doktorvater, Prof. Dr. Karl-Heinz Naßmacher, der mir menschlich und fachlich stets den richtigen Rat gab, um die gelegentlich aufkommenden Zweifel an meiner Arbeit zu überwinden. Zu danken habe ich auch Prof. Dr. Hiltrud Naßmacher, die mich sehr motiviert hat, sowie dem Zweitgutachter meiner Arbeit, Prof. Dr. Lothar Probst, der mich durch seine eigene Arbeit inspiriert hat und mir die Gelegenheit gab, meine Ideen zu präsentieren.

Unterstützung erfahren habe ich zudem durch das inspirierende Umfeld, das mir das Institut Sozialwissenschaften der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg seit 2008 geboten hat.

Danken möchte ich auch Tanja Rademacher, Lutz Steinbrück und Prof. Arno Schreiber, die mir wertvolle Hinweise zu meiner eigenen Schriftsprache gegeben haben.

Schließlich möchte ich mich besonders bei meiner Frau Amira Mohamed Ali bedanken, die viel Geduld mit mir aufgebracht und mich stets motiviert hat. Du hast mir sehr geholfen.

Oldenburg, im Februar 2013

Holger Onken

# Inhalt

<b>Einleitung</b> .....	19
<b>Kapitel I: Grundlagen der Untersuchung</b> .....	23
<b>A) Analytische Perspektiven: Strukturanalysen und System-Umwelt-Analysen</b> .....	25
1. <i>Binnenzentrierte Sichtweisen von Parteiensystemen: Strukturanalysen</i> 26	
2. <i>Parteiensysteme im Verhältnis zu ihrer politisch-sozialen Umwelt: System-Umwelt-Analysen</i> .....	29
<b>B) Cleavages: Systematisierung politisch relevanter gesellschaftlicher Konflikte</b> .....	33
1. <i>Historisch-Institutionalisierte Spaltungen</i> .....	34
2. <i>Soziale Mobilisierung, politische Integration und Demokratisierung</i> ... 39	
3. <i>Konfliktkonstellationen und -dimensionen</i> .....	43
4. <i>Erweiterte Konfliktmodelle</i> .....	47
<b>C. Hypothesen</b> .....	49
1. <i>Länderübergreifende Entwicklungen</i> .....	50
2. <i>Landesspezifische Pfadabhängigkeit</i> .....	51
<b>D) Perspektiven der Verknüpfung: Impulse für Parteiensystemwandel</b> 53	
<b>Kapitel II: Analyserahmen für die Untersuchung von Fallbeispielen</b> .....	59
<b>A) Parteiensystemeigenschaften</b> .....	60
1. <i>Quantitative Systemeigenschaften</i> .....	62
a. Anzahl der Parteien und ihre relative Größe.....	62
b. Segmentierung .....	65
c. Volatilität .....	67
2. <i>Qualitative Systemeigenschaften</i> .....	69
a. Variabilität des politischen Machtzentrums.....	69
b. Struktur des politischen Wettbewerbs .....	72
c. Parteitypen .....	74
<b>B) Länderauswahl und Entwicklungsphasen der Parteiensysteme</b> .....	78
1. <i>Länderauswahl</i> .....	79
2. <i>Entwicklungsphasen</i> .....	80
a. <i>Formierungsphase</i> .....	80

b. Traditionsphase .....	81
c. Stabilitätsphase .....	82
d. Dekompositionsphase .....	83
<b>C) Entwurf eines Bewertungsschemas für Parteiensystemwandel .....</b>	<b>85</b>
1. <i>Gradueller Wandel</i> .....	86
2. <i>Verknüpfung mit Cleavagewandel</i> .....	88
<b>Kapitel III: Bestimmungsfaktoren von Parteiensystemen .....</b>	<b>91</b>
<b>A) Wahlverhalten.....</b>	<b>93</b>
1. <i>Erklärungsansätze der Mikroebene</i> .....	93
a. Der mikrosoziologische Ansatz .....	94
b. Der sozialpsychologische Ansatz .....	97
c. Das Modell des rationalen Wählers .....	99
2. <i>Die Makro-Ebene: Wirkungen von Cleavages in politisierten Sozialstrukturen</i> .....	100
a. Parteien als Wählerkoalitionen .....	101
b. Das Normalwahlkonzept .....	103
<b>B) Institutionalisierte Regeln des politischen Wettbewerbs .....</b>	<b>105</b>
1. <i>Wahlssysteme</i> .....	106
2. <i>Dezentralisierung des Parteienwettbewerbs</i> .....	109
3. <i>Parteienfinanzierung</i> .....	111
<b>C) Handlungsmuster politischer Eliten .....</b>	<b>113</b>
1. <i>Politische Eliten und Wählermärkte</i> .....	115
a. Eliten als politische Anbieter .....	116
b. Eliten als Politikvermittler .....	119
2. <i>Eliteverhalten zueinander</i> .....	121
<b>Kapitel IV: Analyse des Parteiensystems Deutschlands.....</b>	<b>125</b>
<b>A) Formierungsphase .....</b>	<b>126</b>
<b>B. Traditionsphase .....</b>	<b>136</b>
1. <i>Politische Entwicklung</i> .....	137
2. <i>Analyse der Systemindikatoren</i> .....	151
<b>C) Stabilitätsphase .....</b>	<b>154</b>
1. <i>Politische Entwicklung</i> .....	155
2. <i>Analyse der Systemindikatoren</i> .....	168
<b>D) Dekompositionsphase .....</b>	<b>171</b>
1. <i>Politische Entwicklung</i> .....	171
2. <i>Analyse der Systemindikatoren</i> .....	183
<b>Kapitel V: Analyse des Parteiensystems Großbritanniens ....</b>	<b>187</b>
<b>A. Die Formierungsphase .....</b>	<b>189</b>
<b>B) Traditionsphase.....</b>	<b>197</b>
1. <i>Politische Entwicklung</i> .....	198



2. Analyse der Systemindikatoren .....	206
<b>C) Stabilitätsphase .....</b>	<b>209</b>
1. Politische Entwicklung .....	210
2. Analyse der Systemindikatoren .....	218
<b>D) Dekompositionsphase .....</b>	<b>221</b>
1. Politische Entwicklung .....	221
2. Analyse der Systemindikatoren .....	235
<b>Kapitel VI: Analyse des Parteiensystems der Niederlande....</b>	<b>239</b>
<b>A) Die Formierungsphase.....</b>	<b>241</b>
<b>B) Traditionsphase.....</b>	<b>247</b>
1. Politische Entwicklung.....	248
2. Analyse der Systemindikatoren .....	252
<b>C) Stabilitätsphase des Inter-Parteienkompromisses .....</b>	<b>255</b>
1. Politische Entwicklung.....	255
2. Analyse der Systemindikatoren .....	264
<b>D) Dekompositionsphase .....</b>	<b>267</b>
1. Politische Entwicklung.....	268
2. Analyse der Systemindikatoren .....	278
<b>Kapitel VII: Analyse des Parteiensystems Österreichs .....</b>	<b>283</b>
<b>A. Formierungsphase.....</b>	<b>284</b>
<b>B) Traditionsphase.....</b>	<b>288</b>
1. Politische Entwicklung.....	290
2. Analyse der Systemindikatoren .....	299
<b>C) Stabilitätsphase .....</b>	<b>302</b>
1. Politische Entwicklung.....	303
2. Analyse der Systemindikatoren .....	312
<b>D) Dekompositionsphase .....</b>	<b>316</b>
1. Politische Entwicklung.....	316
2. Analyse der Systemindikatoren .....	327
<b>Kapitel VIII: Ergebnisse .....</b>	<b>331</b>
<b>A) Landesspezifische Entwicklungen .....</b>	<b>331</b>
1. Deutschland.....	332
2. Großbritannien.....	337
3. Die Niederlande .....	342
4. Österreich.....	348
<b>B) Länderübergreifende Entwicklungen .....</b>	<b>353</b>
<b>C. Schlussfolgerungen.....</b>	<b>359</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>365</b>
<b>Anhang .....</b>	<b>391</b>

## Liste der Tabellen und Abbildungen

Tabelle. I-1:	Elemente der Konfliktdimensionen als Grundlagen für Partei Gründungen.....	44
Abbildung. I-1.:	Elemente und Mechanismen von Parteiensystemwandel .....	56
Tabelle. II - 1.	Beispiel für die Segmentierung eines Parlamentes.....	66
Tabelle II-2:	Beispiel für eine Koalitionsbildung in einem Parteiensystem mit einer Pivot Party.....	71
Tabelle II-3:	Ausprägungen von Parteitypen.....	77
Tabelle II-4:	Graduelles Schema zur Analyse von Parteiensystemwandel .....	90
Tabelle III-1:	Verknüpfung der Mikroansätze mit dem Cleavage- Modell .....	100
Tabelle IV-1:	Indikatoren der Verbindung zwischen Milieustrukturen und den Parteien im Kaiserreich und der Weimarer Republik .....	130
Tabelle IV-2:	Ergebnisse der Reichstagswahlen 1871-1912 (Stimmenanteile/Mandatsanteile).....	134
Tabelle IV-3:	Kontinuität des Wahlverhaltens bei den Reichstagswahlen 1912/ 1920/ 1932 .....	138
Tabelle IV-4:	Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Deutschland 1925.....	141
Tabelle IV-5:	Parteistärke in Wahlkreisen mit dem höchsten Anteil sozialstruktureller Kernwählergruppen der Parteien bei der Reichstagswahl 1928.....	143
Tabelle IV-6:	Mitgliederentwicklung der Parteien in der Weimarer Republik (in Tsd.).....	145
Tabelle IV-7:	Stimmenanteile der „Weimarer Koalition“ und der „Großen Koalition“ .....	147
Abbildung IV-1:	Effektive Parteienzahl in der Weimarer Republik 1919- 1932.....	151
Abbildung IV-2:	Volatilität im Parteiensystem der Weimarer Republik 1919- 1932.....	152
Tabelle IV-8:	Gemeinsamer Stimmenanteil der sozialistischen Parteien 1919-1932.....	153

Tabelle IV-9:	Mitgliederentwicklung von CDU/CSU, SPD und FDP 1946-1981.....	159
Tabelle IV-10:	Kernwählerschaften von CDU/CSU und SPD 1949-1980 .....	161
Tabelle IV-11:	Kirchgangshäufigkeit der Katholiken in der Bundesrepublik 1953-1980 .....	162
Tabelle IV-12:	Entwicklung der Erwerbsstruktur in der Bundesrepublik 1950- 1980.....	164
Tabelle IV-13:	Wahlverhalten nach Erwerbsstatus bei Bundestagswahlen 1949-1980.....	165
Abbildung IV-3:	Effektive Parteienzahl in Deutschland 1949-1980 .....	168
Abbildung IV-4:	Volatilität im deutschen Parteiensystem 1949-1980 .....	169
Tabelle IV-14:	Stimmenanteile von CDU/CSU und SPD bei Bundestagswahlen, gemeinsames Ergebnis, Asymmetrie 1949-1980.....	170
Tabelle IV-15:	Gemeinsamer Stimmenanteil von CDU/CSU und SPD bei Bundestagswahlen im West- Ostvergleich .....	172
Tabelle IV-16:	Entwicklung der Erwerbsstruktur in Deutschland 1990- 2004.....	177
Tabelle IV-17:	Wahlergebnis von CDU und SPD nach Erwerbsstatus der Wähler auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik.....	178
Tabelle IV-18:	Konfessionszugehörigkeit in Deutschland 1970-2010 .....	180
Tabelle IV-19:	Unterschiede zwischen den kleinen Parteien in den ost- und westdeutschen Bundesländern bei Bundestagswahlen 1990-2009.....	181
Tabelle IV-20:	Wahlergebnisse der großen Parteien in den süddeutschen Bundesländern 1990-2009 .....	182
Abbildung IV-5:	Effektive Parteienzahl in Deutschland 1983-2009 .....	183
Abbildung IV-6:	Volatilität in Ost- und Westdeutschland im Vergleich 1990-2009.....	184
Abbildung IV-7:	Volatilität im deutschen Parteiensystem 1990-2009 .....	185
Tabelle V-1:	Ergebnisse der britischen Unterhauswahlen 1885-1910.....	193
Tabelle V-2:	Mitgliedszahlen der mit der Labour Party assoziierten Gewerkschaften 1908-1920.....	196
Tabelle V-3:	Anzahl der Parteivereinigungen der Labour Party in den Wahlkreisen 1908-1920 .....	197
Abbildung V-1:	Verortung der Parteien in der Konflikt- und Sozialstruktur Großbritanniens um 1920.....	200
Tabelle V-4:	Entwicklungen der Kandidatenanzahl und der Ergebnisse bei den britischen Unterhauswahlen 1923- 1929.....	203

Tabelle V-5:	Entwicklung der Labour Party bei Unterhauswahlen 1922-1931.....	205
Tabelle V-6:	Ausgaben der Parteien je Kandidat im Wahlkampf 1922- 1935.....	205
Abbildung V-2:	Effektive Parteienzahl in Großbritannien 1922-1935.....	207
Abbildung V-3:	Volatilität im Parteiensystem Großbritanniens 1922- 1935.....	208
Tabelle V-7:	Entwicklung der Parteien in Wahlkreisen mit durchgehendem Dreiparteienwettbewerb 1923-1929.....	208
Tabelle V-8:	Subjektive Schichtzugehörigkeit und Parteiunterstützung 1963 und 1970.....	214
Tabelle V-9:	Subjektive Schichtzugehörigkeit/Beschäftigte mit manueller Tätigkeit und Wahlentscheidung beziehungsweise Parteiidentifikation für die Labour Party 1964-1979.....	215
Tabelle V-10:	Mitgliederentwicklung der britischen Gewerkschaften 1950-1970.....	216
Tabelle V-11:	Haltung der Wähler zum Einfluss der Gewerkschaften und großer Unternehmen.....	217
Tabelle V-12:	Gemeinsames Ergebnis der beiden großen Parteien bei Unterhauswahlen 1945-1970.....	218
Abbildung V-4:	Effektive Parteienzahl in Großbritannien 1945-1970.....	219
Abbildung V-5:	Volatilität im Parteiensystem Großbritanniens 1945- 1970.....	220
Tabelle V-13:	Sitzverteilung und Stimmenanteile bei Unterhauswahlen 1987-2010 in ausgewählten Regionen Großbritanniens.....	228
Tabelle V-14:	Zustimmung zu der Aussage: „Die Konservativen und die Labour Party stehen für große politische Unterschiede“.....	229
Tabelle V-15:	Entwicklung der Mitgliederzahlen der drei größten Parteien in Großbritannien 1983-2010.....	231
Tabelle V-16:	Anteil der Parteimitgliedschaft im Verhältnis zum Wahlergebnis bei den kleineren Parteien 2008/2010.....	232
Abbildung V-6:	Verortung der Parteien in der fragmentierten Konfliktstruktur Großbritanniens seit Ende der 1990er Jahre.....	233
Tabelle V-17:	Ergebnisse der Europawahlen in Großbritannien seit 1999.....	234
Tabelle V-18:	Gemeinsames Ergebnis der beiden großen Parteien bei Unterhauswahlen 1974-2010.....	236

Abbildung V-7:	Effektive Parteienzahl in Großbritannien 1974-2010.....	236
Tabelle V-19:	Effektive Parteienzahl bei Europawahlen in Großbritannien 1999-2009 .....	237
Abbildung V-8:	Volatilität im Parteiensystem Großbritanniens 1974- 2010.....	237
Abbildung VI-1:	Verortung der Versäulungsparteien in der Spaltungsstruktur der Niederlande 1918-1940 .....	249
Tabelle VI-1:	Kombinierte Stimmenanteile der Versäulungsparteien und der Liberalen 1918- 1937 .....	253
Abbildung VI-2:	Volatilität und Intra-Versäulungsvolatilität im Parteiensystem der Niederlande 1918-1937 .....	253
Abbildung VI-3:	Effektive Parteienzahl in den Niederlanden 1918-1937 ....	254
Tabelle VI-2:	Parteipräferenz und Freundschaften zwischen Angehörigen sozialer und religiöser Gruppen (Mitte der 1960er Jahre).....	260
Tabelle VI-3:	Entwicklung der Zugehörigkeit der niederländischen Bevölkerung zu den wichtigsten Glaubensgemeinschaften 1920-1971.....	261
Tabelle VI-4:	Wahlergebnisse der konfessionellen Parteien und der „neuen“ Parteien 1959-1972.....	264
Abbildung VI-4:	Volatilität im Parteiensystem der Niederlande 1946- 1977.....	265
Abbildung VI-5:	Effektive Parteienzahl in den Niederlanden 1946-1972 ....	266
Tabelle VI-5:	Stimmenanteile der drei großen Parteien bei den Wahlen zur Zweiten Kammer 1977-1989.....	269
Tabelle VI-6:	Ergebnisse postmaterialistischer und „radikaler“ Parteien 1967- 2010.....	271
Tabelle VI-7:	Entwicklung der Stimmenanteile der drei großen Parteien bei den Wahlen zur Zweiten Kammer 1994- 2010/Erfolge neuer Parteien .....	273
Tabelle VI-8:	Entwicklung der Mitgliedszahlen niederländischer Parteien 1980- 2012.....	277
Abbildung VI-6:	Effektive Parteienzahl in den Niederlanden 1977-2010 ....	278
Abbildung VI-7:	Volatilität im Parteiensystem der Niederlande 1981- 2010.....	279
Abbildung VII-1:	Verortung der politischen Lager in der Konflikt- und Sozialstruktur der Ersten Republik Österreich .....	292
Tabelle VII-1:	Anteil der Beschäftigten in den wichtigsten Wirtschaftssektoren im deutschsprachigen Teil Österreichs 1910-1951 .....	296

Abbildung VII-2:	Volatilität im Parteiensystem Österreichs 1919-1930 .....	300
Tabelle VII-2:	Ergebnisse der SDAP und der anti-marxistischen Lager bei Nationalratswahlen 1919-1930.....	301
Abbildung VII-3:	Effektive Parteienzahl in Österreich 1919-1930.....	301
Tabelle VII-3:	Einfluss der Gruppenzugehörigkeit auf die Wahlentscheidung und die Parteidentifikation für ÖVP und SPÖ .....	307
Tabelle VII-4:	Rückgang der sozialen Kerngruppen der österreichischen Großparteien 1961-1985 in Prozent der deklarierten Parteianhänger .....	308
Tabelle VII-5:	Säkularisierung der Parteianhängerschaften 1955-1985.....	309
Tabelle VII-6:	Rückgang der Parteibindungen in Österreich 1954-1986...	309
Abbildung VII-4:	Effektive Parteienzahl in Österreich 1945-1983.....	313
Abbildung VII-5:	Volatilität im österreichischen Parteiensystem 1945- 1983.....	314
Tabelle VII-7:	Gemeinsamer Stimmenanteil und Asymmetrie von ÖVP und SPÖ bei Nationalratswahlen 1949-1983.....	315
Tabelle VII-8:	Wahlverhalten der österreichischen Arbeiterschaft (blue collar), 1979-2008 .....	319
Tabelle VII-9:	Wahlen zur österreichischen Arbeiterkammer 1984- 2009.....	321
Tabelle VII-10:	Erwerbspersonen nach Wirtschaftssektoren in Österreich 1961-2009.....	322
Abbildung VII-6:	Effektive Parteienzahl in Österreich 1986-2008.....	328
Abbildung VII-7:	Volatilität im österreichischen Parteiensystem 1986- 2008.....	329
Tabelle VII-11:	Gemeinsamer Stimmenanteil und Asymmetrie von ÖVP und SPÖ bei Nationalratswahlen 1986-2008.....	329
Tabelle VIII-1:	Entwicklungsphasen des deutschen Parteiensystems .....	335
Tabelle VIII-2:	Entwicklungsphasen des britischen Parteiensystems .....	341
Tabelle VIII-3:	Entwicklungsphasen des niederländischen Parteiensystems .....	345
Tabelle VIII-4:	Entwicklungsphasen des österreichischen Parteiensystems .....	351
Tabelle VIII-5:	Länderübergreifende Entwicklungen von Parteiensystemeigenschaften .....	354
Tabelle VIII-6:	Länderübergreifende Wirkungen der Cleavagestrukturen..	358
Tabelle VIII-7:	Exemplarische Prüfung der Hypothesen .....	360
Tabelle A-1:	Ergebnisse der Reichstagswahlen und der Wahlen zur Nationalversammlung in der Weimarer Republik .....	391

Tabelle A-2:	Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949-1980 .....	392
Tabelle A-3:	Ergebnisse der Bundestagswahlen 1983-2010 .....	392
Tabelle A-4:	Sitzverteilung in der Nationalversammlung und den Reichstagen der Weimarer Republik 1919-1932.....	393
Tabelle A-5:	Sitzverteilung im Deutschen Bundestag 1949-1980.....	393
Tabelle A-6:	Sitzverteilung im Deutschen Bundestag 1983-2010.....	394
Tabelle B-1:	Ergebnisse der britischen Unterhauswahlen 1922-1935.....	394
Tabelle B-2:	Ergebnisse der britischen Unterhauswahlen 1945-1970.....	394
Tabelle B-3:	Ergebnisse der britischen Unterhauswahlen 1974-2010.....	395
Tabelle B-4:	Sitzverteilung im britischen Unterhaus 1922-1935 .....	395
Tabelle B-5:	Sitzverteilung im britischen Unterhaus 1945-1970 .....	395
Tabelle B-6:	Sitzverteilung im britischen Unterhaus 1974-2010 .....	396
Tabelle C-1:	Ergebnisse der Wahlen zur Zweiten Kammer in den Niederlanden 1918-1937 .....	396
Tabelle C-2:	Ergebnisse der Wahlen zur Zweiten Kammer in den Niederlanden 1946-1972 .....	397
Tabelle C-3:	Ergebnisse der Wahlen zur Zweiten Kammer in den Niederlanden 1977-2010.....	398
Tabelle C-4:	Sitzverteilung in der Zweiten Kammer der Niederlande 1918-1937.....	399
Tabelle C-5:	Sitzverteilung in der Zweiten Kammer der Niederlande 1946-1972.....	399
Tabelle C-6:	Sitzverteilung in der Zweiten Kammer der Niederlande 1977-2010.....	400
Tabelle D-1:	Ergebnisse der österreichischen Nationalratswahlen 1919-1930.....	400
Tabelle D-2:	Wahlergebnisse der österreichischen Nationalratswahlen 1945-1966.....	401
Tabelle D-3:	Ergebnisse der österreichischen Nationalratswahlen 1970-1990.....	401
Tabelle D-4:	Ergebnisse der österreichischen Nationalratswahlen 1994-2008.....	401
Tabelle D-5:	Sitzverteilung im österreichischen Nationalrat 1919-1930.....	402
Tabelle D-6:	Sitzverteilung im österreichischen Nationalrat 1945-1966.....	402
Tabelle D-7:	Sitzverteilung im österreichischen Nationalrat 1970-1990.....	402
Tabelle D-8:	Sitzverteilung im österreichischen Nationalrat 1994-2008.....	403

## Abkürzungsverzeichnis

ALÖ – Alternative Liste Österreichs  
AOV – Algemeen Ouderenverbond  
ARP – Anti-Revolutionaire Partij  
BHE – Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten  
BNP – British National Party  
BP – Bayernpartei  
BP – Boerenpartij  
BVP – Bayrische Volkspartei  
BZÖ – Bündnis Zukunft Österreich  
CDA – Christen-Democratisch Appèl  
CDU/CSU – Christlich Demokratische Union/Christlich Soziale Union  
CDU – Christelijk Democratische Unie  
CHU – Christelijk-Historische Unie  
CNP – CommunistischePartij van Nederland  
CP – Centrumpartij  
CSP – Christlichsoziale Partei  
D66 – Democraten 66  
DDP – Deutsche Demokratische Partei (nach 1930 Deutsche Staatspartei)  
DFP – Demokratisch Fortschrittliche Partei  
DNVP – Deutschnationale Volkspartei  
DP – Deutsche Partei  
DRP – Deutsche Reichspartei  
DS70 – Democratisch Socialisten 70  
DVP – Deutsche Volkspartei  
DVU – Deutsche Volksunion  
FDP – Freie Demokratische Partei  
FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs  
GDVP – Großdeutsche Volkspartei  
GL – GroenLinks  
GPD – Gesamtdeutsche Partei Deutschlands  
GPV – Gereformeed Politiek Verbond  
HGSP – Hervormde Staatspartij



ILP – Independent Labour Party  
IPP – Irish Parliamentary Party  
KNP – Katholieke Nationale Partij (Lijst Welter)  
KPD – Kommunistische Partei Deutschlands  
KPÖ – Kommunistische Partei Österreichs  
KVP – Katholieke Volkspartij  
LCR – Labour Representation Committee  
LF – Leefbaar Nederland  
LF – Liberales Forum  
LPF – LijstPimFortuyn  
LU – LiberaleUnie  
LSP – Liberale Staatspartij `de Vrijheidsbond`  
NLP – Nationalliberale Partei  
NPD – Nationaldemokratische Partei Deutschlands  
NSB – Nationaal-Socialistische Beweging  
NSDAP – Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei  
ÖVP – Österreichische Volkspartei  
PB - Plattelandersbond  
PC – Plaid Cymru  
PDS – Partei des Demokratischen Sozialismus  
PPR – Politieke Partij Radikalen  
RPF – Reformatorische Politieke Federatie  
PvdA – Partij van de Arbeid  
PvdD – Partij voor de Dieren  
PVV – Partij voor de Vrijheid  
RKSP – Rooms-Katholieke Staatspartij  
RKVP – Rooms-Katolieke Volkspartij  
SDAP – Sociaal-Democratische Arbeiderspartij  
SDAP – Sozialdemokratische Arbeiterpartei  
SDB – Sociaal-Democratische Bond  
SDP – Social Democratic Party  
SED – Sozialistische Einheitspartei  
SER – Sociaal-Economische Raad  
SFD – Social Democratic Federation  
SGP – Staatkundig Gereformeerde Partij  
SNP – Scottish National Party  
SP – Socialistische Partij  
SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
SPÖ – Sozialistische Partei Österreichs (seit 1991 Sozialdemokratische Partei Österreichs)

SRP – Sozialistische Reichspartei  
SSW – Südschleswigscher Wählerverband  
StvdA – Stichting van de Arbeid  
TUC – Trade Union Congress  
UKIP – United Kingdom Independence Party  
USPD – Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
VDB – Vrijzinning Democratische Bond  
VGÖ – Vereinte Grüne Österreichs  
VVD – Volkspartij voor Vrijheid en Democratie  
WAV – Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung  
WRV – Weimarer Reichsverfassung  
W.d.U. – Wahlpartei der Unabhängigen

## Einleitung

In zeitgenössischen westlichen Demokratien gibt es kaum einen politischen Bereich, der nicht von Parteien beeinflusst wird.<sup>1</sup> Parteien greifen in der Bevölkerung vorhandene Interessen auf, setzen sie in Programme und politisches Handeln um, mobilisieren Bürger zur Stimmabgabe bei Wahlen, benennen Kandidaten, die sich für die Übernahme öffentlicher Ämter bewerben und tragen zur Sozialisation und Ausbildung des politischen Führungspersonals bei. Durch die Funktionen, die Parteien als Vermittlungsinstanzen zwischen Gesellschaft und Staatsapparat wahrnehmen,<sup>2</sup> wird das Überleben pluralistischer Demokratien erst sichergestellt.

Aktuelle Diskussionen um den wachsenden Einfluss der Medien und das Einwirken wirtschaftlicher Akteure auf politische Prozesse sowie über die moralische Integrität politischer Eliten und die Steuerungsfähigkeit der Parteien haben traditionelle politikwissenschaftliche Fragestellungen an den Rand gedrängt.<sup>3</sup> Die fundamentalen Zusammenhänge zwischen Gesellschaft und Parteiensystem geraten damit aus dem Blickfeld. Um diese Zusammenhänge besser verstehen zu können, müssen kurzfristige Entwicklungen, die die Tagespolitik und häufig auch den aktuellen wissenschaftlichen Diskurs bestimmen, in einem langfristigen Kontext betrachtet werden. Eine entsprechende Perspektive wird in der vorliegenden Untersuchung eingenommen.

Mit ihrer bahnbrechenden Arbeit, „*Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction*“,<sup>4</sup> haben Stein Rokkan und Seymour M. Lipset in den 1960er Jahren einen bis heute zentralen Erklärungsansatz für die Entstehung und Entwicklung westeuropäischer Parteiensysteme geliefert. Demnach spielten in der Gesellschaft tief verwurzelte sozioökonomische und sozio-kulturelle Konfliktlinien (*Cleavages*) dabei eine maßgebliche Rolle. Entlang dieser Konfliktlinien, die gesellschaftliche Gruppen in politischen Streitfragen voneinander trennen, entwickelten sich im Zuge des Demokratisierungsprozesses

---

<sup>1</sup> Donovan / Broughton 1999, S. 255.

<sup>2</sup> Siavelis 2006, S. 359.

<sup>3</sup> Mielke 2001, S. 77.

<sup>4</sup> Lipset / Rokkan 1967.

seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts politische Parteien als Organisationen akkumulierter Interessen bestimmter Bevölkerungssegmente. Diese Entwicklung steht in Verbindung mit einer nachhaltigen Politisierung der Sozialstruktur in westeuropäischen Ländern. Das heißt, soziale Gruppen hatten dauerhafte Koalitionen mit politischen Parteien geschlossen.<sup>5</sup> Die lang anhaltende Stabilität solcher Parteien-Wähler-Koalitionen ist Grundlage für den häufig zitierten Satz von Lipset und Rokkan: *“The party systems of the 1960s reflect, with few but significant exceptions, the cleavage structures of the 1920s”*.<sup>6</sup> Die Alternativen innerhalb westeuropäischer Parteiensysteme blieben demnach auf Grundlage historischer Konfliktkonstellationen über einen Zeitraum von mindestens vierzig Jahren „eingefroren“.

In politikwissenschaftlichen Diskussionen und Analysen, wie die Entwicklung der westeuropäischen Parteiensysteme danach gekennzeichnet werden sollte, werden seit den 1970er Jahren gegensätzliche Positionen vertreten. Während auf der einen Seite eine anhaltende Stabilität betont wurde,<sup>7</sup> war auf der anderen Seite von einem grundlegenden Wandel die Rede.<sup>8</sup> In den meisten westeuropäischen Demokratien würde, nach der vorherrschenden Auffassung, ein dauerhaftes Dealignment auf breiter Linie stattfinden.<sup>9</sup> In der Vergangenheit stabile Wählerbindungen an bestimmte Parteien würden demnach, infolge des gesellschaftlichen sozialen Wandels und Wertewandels, erodieren. Das Wahlverhalten hinge in immer stärkerem Maße von kurzfristigen Faktoren ab.<sup>10</sup> Um diesen Sachverhalt zu beschreiben wird die Metapher der „eingefrorenen Parteiensysteme“ wieder aufgegriffen. Seit einigen Jahrzehnten würden die Parteiensysteme „Auf-tauen“.<sup>11</sup> Begleitet wird diese Entwicklung von einem zunehmenden Steuerungsverlust der Regierungen westeuropäischer Länder auf nationalstaatlicher Ebene aufgrund der Auswirkungen der Globalisierung und der Übertragung von politischen Kompetenzen auf die Europäische Union.<sup>12</sup> Die Bevölkerung kann die Verantwortung für politische Maßnahmen und deren Ergebnisse bestimmten Parteien immer weniger zuordnen.

In allen vier Ländern, die in dieser Arbeit sowohl im Längsschnitt- als auch im Querschnittsverfahren untersucht werden, sind seit einigen Jahrzehnten Entwicklungen zu beobachten, die nahe legen, dass die langfristige Stabilität der

---

<sup>5</sup> Vgl. Pappi 2002, S. 25.

<sup>6</sup> Lipset / Rokkan S. 1967, S. 50.

<sup>7</sup> Bartolini / Mair 1990.

<sup>8</sup> Franklin 1992, S. 383f.

<sup>9</sup> Schoen 2003, S. 107ff; Gabriel 1997, S. 233ff.

<sup>10</sup> Vgl. Zelle 1995, S. 24ff.

<sup>11</sup> Vgl. Donovan / Broughton 1999, S. 258.

<sup>12</sup> Luther / Müller-Rommel 2002, S. 8f.

Parteiensysteme erodiert: In *Deutschland* wird dies seit dem Aufkommen der Grünen zu Beginn der 1980er Jahre durch einen Trend zu einer Pluralisierung deutlich. Der Pluralisierungstrend hat sich durch den Eintritt der PDS in das deutsche Parteiensystem nach der Wiedervereinigung – eine Entwicklung, die allerdings als Sonderfall zu werten ist, noch verstärkt. Diese Veränderungen des deutschen Parteiensystems werden als Wandel von einem Zwei-Einhalb-Parteiensystem in den 1970er Jahren in ein fluides Fünf-Parteiensystem nach der Wiedervereinigung charakterisiert.<sup>13</sup>

In *Großbritannien*, das lange als der Prototyp eines Zwei-Parteiensystems angesehen wurde, ist seit Beginn der 1970er Jahre ebenfalls ein Erstarren von „Drittparteien“ zu beobachten. Das gilt vor allem für die Liberaldemokraten, aber auch für die schottischen und walisischen Nationalisten, die bei Unterhauswahlen trotz der hohen Repräsentationshürde des Mehrheitswahlrechts eine Reihe von Mandaten gewinnen können. Andere Parteien, wie die rechtspopulistische United Kingdom Independence Party (UKIP), waren bisher nur bei Nebenwahlen erfolgreich.<sup>14</sup> Aufgrund dieser Veränderungen seit 1974 wird das britische Parteiensystem als latent pluralistisch charakterisiert.<sup>15</sup> Lediglich aufgrund der repräsentativen Verzerrung durch die relative Mehrheitswahl in Einer-Wahlkreisen werden die Stimmengewinne der „Drittparteien“ im britischen Unterhaus nicht in vollem Umfang „sichtbar“.

In den *Niederlanden* gibt es aufgrund der niedrigen Repräsentationsschwelle des Wahlsystems und dem Erbe der segmentierten und strukturell versäulten Gesellschaft traditionell ein stark fragmentiertes Parteiensystem. Insbesondere die Parteien, die aus den Versäulungsstrukturen hervorgegangen sind, sind seit den späten 1960er Jahren starken Schwankungen unterworfen. In zunehmendem Maße können neue Parteien Wahlerfolge erzielen. Diese haben sich jedoch bisher als wenig konstant erwiesen.<sup>16</sup>

*Österreich* wurde nach 1966 auf dem Weg in ein Zwei-Parteiensystem gesehen.<sup>17</sup> Seit Mitte der 1980er Jahre nahm die Unterstützung für die beiden großen Volksparteien SPÖ und ÖVP jedoch deutlich ab. 1999 konnten sie gemeinsam weniger als die Hälfte aller Wahlberechtigten mobilisieren, 1983 waren es noch 83 Prozent gewesen.

Diese Befunde beziehen sich zunächst auf eine vermeintliche Schwäche der Parteien, die ihre Wurzeln in den von Lipset und Rokkan benannten historischen

---

<sup>13</sup> Niedermayer 2008, S. 9ff.

<sup>14</sup> Vgl. Haas 2001, S. 129f.

<sup>15</sup> Webb 2000, S. 8ff.

<sup>16</sup> Vgl. Lucardie 2006, S. 334ff.

<sup>17</sup> Vgl. Sartori 1976, S. 185.

Spaltungen haben. Die Parteiensysteme der Länder Westeuropas wurden nach dem Zweiten Weltkrieg von diesen Parteien dominiert.<sup>18</sup> Organisatorisch und hinsichtlich ihrer politischen Identitäten kann die Entwicklung dieser Parteien direkt bis in die Zeit vor Einführung des allgemeinen Wahlrechts zurückverfolgt werden; zumindest lassen sich jedoch trotz teilweise wechselnder Parteinaamen und Etiketten eindeutige politische Kontinuitäten nachweisen.

Die Schwäche der traditionellen Parteien resultiert insbesondere aus ihrer Schwäche bei Wahlen. Diese quantitativ nachweisbaren Veränderungen der Parteiensysteme sind Ausdruck eines qualitativen gesellschaftlichen Wandels. Letztlich werden durch diese Veränderungen zunehmend fundamentale Fragen nach der Legitimität und der Regierbarkeit der politischen Systeme in den Nationalstaaten Westeuropas aufgeworfen. Diese Zusammenhänge deuten sowohl die Relevanz des Themas als auch die Komplexität des Untersuchungsgegenstandes „Parteiensystem“ bereits an.

---

<sup>18</sup> Bondel 2003, S. 234ff.

## Kapitel I: Grundlagen der Untersuchung

Die Parteien- und die Parteiensystemforschung gehören zu den politikwissenschaftlichen Bereichen mit der höchsten Anzahl an Publikationen. Entsprechend besteht kein Mangel an Untersuchungsansätzen und Analysekonzepten. Das methodische Niveau dieser Forschungen wird jedoch, im Verhältnis zu der umfangreichen Literaturlbasis, als insgesamt bemerkenswert niedrig bezeichnet.<sup>19</sup> Die Parteiensystemforschung würde, im Vergleich zu anderen Teilbereichen der Politikwissenschaft, außerdem eine „gewisse Theorielosigkeit“ aufweisen beziehungsweise die Theoretisierbarkeit des Untersuchungsgegenstandes wird generell angezweifelt.<sup>20</sup> Entsprechend fehlt bisher ein überzeugender theoretischer Entwurf, der als Basis für eine systematische Hypothesenprüfung geeignet ist und eine kumulative Theoriebildung ermöglicht.<sup>21</sup>

Um zur Schließung dieser Lücke beizutragen müssen Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Eigenschaften und Strukturen von Parteiensystemen und den jeweils zugrunde liegenden politisch-sozialen Umweltbedingungen aufgezeigt werden. Es besteht also die Notwendigkeit, wichtige Dimensionen der Gesellschaft und des politischen Systems im Längsschnitt- und im Querschnittsverfahren zu analysieren. Ziel dieser Arbeit ist es, generalisierbare Aussagen zu entwickeln, die auf Parteiensysteme mit freiem Wettbewerb, zumindest in Westeuropa, zeit- und länderübergreifend anwendbar und möglichst darüber hinaus übertragbar sind.

Parteiensysteme lassen sich auf sehr unterschiedliche Weise charakterisieren. Entsprechend schwer ist der Sachverhalt „Parteiensystem“ in einem einzigen konzeptionellen Ansatz zu erfassen.<sup>22</sup> In der umfangreichen Literatur unterscheiden sich die Ansätze schon darin, dass der Erklärungsbereich, der durch die Analyse von Parteiensystemen abgedeckt werden soll, stark variiert. Fragen danach, welche Eigenschaften von Parteiensystemen berücksichtigt werden sollten und welche Operationalisierungen für welche Eigenschaften am besten geeignet sind,

---

<sup>19</sup> Vgl. Helms 1995, S. 642.

<sup>20</sup> Vgl. Von Beyme 2000, S. 14.

<sup>21</sup> Montero / Gunther 2003, S. 19f.

<sup>22</sup> Smith 1989, S. 349.

werden unterschiedlich beantwortet.<sup>23</sup> Diese Probleme ergeben sich zum Teil daraus, dass Parteien und Parteiensysteme zugleich Abbild und Bestandteil der Gesellschaft sind.<sup>24</sup> Eine Möglichkeit diese Verbindung zu entflechten und Anknüpfungspunkte für eine sinnvolle Untersuchung zu schaffen, besteht darin, Parteiensysteme von anderen Bereichen des politischen Systems und der Gesellschaft abzugrenzen.

Sobald Parteiensysteme von ihrer politisch-sozialen Umwelt isoliert betrachtet werden, wird durch die Einschränkung des Erklärungsbereichs eine überschaubare Basis für die Analyse geschaffen. Für solche *strukturanalytischen* Ansätze, die Parteiensysteme als geschlossene Systeme betrachten, hat die Forschung noch am ehesten überzeugende Konzepte und Indikatoren entwickelt. Diese werden vor allem an quantitativ messbaren Eigenschaften von Parteiensystemen festgemacht,<sup>25</sup> wobei die Veränderungen dieser Eigenschaften als Folge gesellschaftlichen Wandels interpretiert werden.

Bei *strukturell-funktionalistischen* Analyseansätzen werden dagegen die Beziehungen von Parteiensystemen zu ihrer gesamten politisch-sozialen Umwelt analysiert. Damit wird ein anderer Erklärungsbereich abgedeckt als bei strukturanalytischen Ansätzen. Hier rücken Fragen danach in den Mittelpunkt, *wie* die Parteien ihre Aufgaben als Schnittstelle und Vermittler zwischen Gesellschaft und Staatsapparat wahrnehmen.<sup>26</sup> Um den Wandel von Parteiensystemen zu analysieren erscheint es sinnvoll, beide Ansätze zu berücksichtigen. Strukturanalytische Ansätze sind notwendig, da sie Indikatoren beinhalten die Anzeigen, wenn ein Wandel eingetreten ist. Strukturell-funktionalistische Ansätze sind notwendig, um die Ursachen von Parteiensystemwandel zu untersuchen und um aufzuzeigen, wie sich dieser Wandel vollzieht.

Da die Entwicklung von Parteiensystemen im Hinblick auf Kontinuität und Wandel langfristig durch ihre Ausgangsphase geprägt wurde,<sup>27</sup> müssen die politisch-sozialen Bedingungen, die während der Genese eines Parteiensystems gewirkt haben, in die Analyse einbezogen werden, um die Veränderungsprozesse verstehen zu können. Dieses leistet die historisch-soziologische Perspektive des Cleavage-Ansatzes. Außerdem kann der Cleavage-Ansatz als heuristisches Analysekonzept nutzbar gemacht werden, um Parteiensystemwandel, der auf Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft und Parteiensystem beruht, aufzuzeigen. Das Cleavage-Modell ist geeignet, die Faktoren zu kombinieren, von denen Im-

---

<sup>23</sup> Niedermayer 1996, S.19f.

<sup>24</sup> Von Alemann 1990, S. 89f.

<sup>25</sup> Vgl. Pennings / Lane 1998.

<sup>26</sup> Vgl. Wiesendahl 1980, S. 145f.

<sup>27</sup> Mair 2007, S. 20f.



pulse für einen messbaren Strukturwandel von Parteiensystemen ausgehen können: gesellschaftlicher Wandel, verändertes Verhalten der Parteien und Innovationen in spezifischen Arenen des politischen Wettbewerbs durch Entscheidungen politischer Eliten.<sup>28</sup>

Cleavages werden in der Anordnung der folgenden Analyse als exogene Bestimmungsfaktoren der Struktureigenschaften von Parteiensystemen angesehen. Ihre Veränderung hat, vermittelt über verändertes Wahlverhalten, Auswirkungen auf Parteiensystemeigenschaften.<sup>29</sup>

### **A) Analytische Perspektiven: Strukturanalysen und System-Umwelt-Analysen**

Strukturanalytische Ansätze zur Untersuchung von Parteiensystemen sind vergleichsweise einfach zu operationalisieren und gut geeignet, Veränderungen von Systemstrukturen und davon ableitbaren Parteiensystemeigenschaften aufzuzeigen. Bei System-Umwelt-Analysen spielt dagegen die Analyse der Beziehungen zwischen Parteiensystem und Gesellschaft eine wichtige Rolle. Die Ausprägungen dieser Beziehungen und die Vermittlungsfunktion, die Parteien zwischen dem Staatsapparat und dem Volk wahrnehmen, wirken auf die organisatorischen Strukturen der Parteien. Diese Strukturen werden in der Literatur konzeptionell in unterschiedlichen Parteitypen zusammengefasst.<sup>30</sup> Die Ausprägungen der unterschiedlichen Parteitypen werden maßgeblich von den jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen bestimmt. Sie können sich also infolge gesellschaftlichen Wandels verändern.<sup>31</sup> Durch den überwiegend qualitativen Ansatz, die unterschiedlichen organisatorischen Ausprägungen einzelner Parteien zu betrachten, ergeben sich zahlreiche Anknüpfungspunkte für die Analyse von Transformationsprozessen veränderter gesellschaftlicher Strukturen in spezifische Ausprägungen von Parteiensystemen.

---

<sup>28</sup> Bürklin 1984, S. 19f.

<sup>29</sup> Smith 1989, S. 351.

<sup>30</sup> Vgl. Harmel 2002, S. 119f.

<sup>31</sup> Vgl. Lucardie 2007, S. 62ff; vgl. Unten Kapitel II Abschnitt A) 2. c.

### *1. Binnenzentrierte Sichtweisen von Parteiensystemen: Strukturanalysen*

Die strukturanalytische Sichtweise auf Parteiensysteme ist nach innen gerichtet. Parteiensysteme werden als geschlossene Systeme betrachtet. Um eine Abgrenzung gegenüber anderen Bereichen des politischen Systems und der Gesellschaft vorzunehmen, bietet sich zur abstrakten Veranschaulichung des Parteiensystembegriffs zunächst ein Blick auf die Minimaldefinition des Systembegriffs an: Ein System ist demnach eine Menge von Objekten und Relationen zwischen diesen Objekten beziehungsweise deren Attributen. Die Ausprägungen der Objekte und der Relationen bilden dabei die Eigenschaften des Systems. Auf Parteiensysteme übertragen heißt das, Parteiensystemeigenschaften lassen sich als relationale Größen zwischenparteilich relevanter Eigenschaften herleiten.<sup>32</sup> Veränderungen der Relationen, der Eigenschaften von Parteien und der Eigenheiten der Beziehungen zwischen diesen, können demnach als Parteiensystemwandel verstanden werden. Damit ist ein Anknüpfungspunkt geschaffen, um den Wandel einiger Struktureigenschaften von Parteiensystemen aufzuzeigen.

Die Relationen zwischen einzelnen Parteien werden zunächst einmal durch ihre Größenverhältnisse bestimmt. Damit ist der wohl maßgeblichste Bestimmungsfaktor für die politische Bedeutung einer Partei angesprochen: ihre Stärke bei Wahlen<sup>33</sup> beziehungsweise ihr Sitzanteil im Parlament. Die relativen Anteile auf beiden Ebenen werden als Basis für verschiedene quantitative Indikatoren herangezogen, die für die Analyse von Parteiensystemen auf der Makro-Ebene entwickelt wurden.<sup>34</sup> Dazu zählt das Format eines Parteiensystems, also die Anzahl der Parteien, die anhand unterschiedlicher Relevanzkriterien gezählt werden. Die Problematik einer fehlenden Berücksichtigung der Größengewichtung zwischen den einzelnen Parteien, die mit der Systemeigenschaft „Format“ verbunden ist, kann durch verschiedene Fragmentierungsindizes, die die relativen Größenverhältnisse der Parteien innerhalb des Gesamtsystems einbeziehen, teilweise behoben werden.<sup>35</sup> Eine weitere Eigenschaft, die für die Analyse von Parteiensystemen sinnvoll erscheint, ist die Asymmetrie.<sup>36</sup> Sie weist die Größendifferenz zwischen den beiden größten Parteien oder Gruppen von Parteien aus, die auf der Grundlage ideologisch-programmatischer Gemeinsamkeiten als Koalitionspartner in Frage kommen und/oder eine vergleichbare gesellschaftliche

---

<sup>32</sup> Niedermayer 1996, S. 20.

<sup>33</sup> Sartori 1976, S. 122.

<sup>34</sup> Vgl. Ladner 2004, S. 20.

<sup>35</sup> Lijphart 1999, S. 69.

<sup>36</sup> Jun 2004, S. 178.

(Wähler-)Basis haben. Die Asymmetrie kann also auf verschiedene Aspekte von Parteiensystemen bezogen werden.

Eine weitere wichtige Eigenschaft eines Parteiensystems ist seine Koalitionssarithmetik, sie wird durch seine Segmentierung angezeigt. Dabei muss zwischen Koalitionen unterschieden werden, die rechnerisch eine Mehrheit erlangen und solchen, die auch politisch durchsetzbar sind. Die Volatilität eines Parteiensystems misst die relative Veränderung der Größenverhältnisse zwischen den Parteien bei zwei aufeinander folgenden Wahlen auf der Aggregatebene. Wie bei der Asymmetrie können auch bei dieser Systemeigenschaft Parteien zu Gruppen zusammengefasst werden. Entsprechend wird die Block-Volatilität beziehungsweise Parteigruppen-Volatilität berechnet. Mit der Volatilität steht ein Indikator zur Verfügung, der explizit Veränderungen der Größenrelationen innerhalb des Systems anzeigt. Das geht über die bisher erläuterten Systemeigenschaften hinaus, die den jeweiligen Zustand anzeigen, der aus diesen Veränderungen resultiert.<sup>37</sup>

Die zwischenparteilichen Beziehungen als Systemeigenschaften hängen nicht nur vom Wahlerfolg, den relativen Größenverhältnissen und deren Veränderungen ab, sondern auch davon, wie sich die Parteien im politischen Wettbewerb zueinander positionieren und verhalten. Ein wichtiger Bestimmungsfaktor dieser Beziehungen sind die ideologisch-programmatischen Positionierungen der Parteien. Dieses, häufig als Polarisierung eines Parteiensystems benannte Merkmal, bestimmt in erheblichem Maße, welche Gruppenbildung von Parteien im Hinblick auf die Analyse der quantitativen Systemeigenschaften [Segmentierung, (Block-)Volatilität, (Block-)Asymmetrie] sinnvoll ist. Aufgrund der vorhandenen Polarisierung ergeben sich spezifische Konkurrenz- und Kooperationsverhaltensweisen zwischen den politischen Wettbewerbern. Die Messung der Polarisierung innerhalb eines Parteiensystems ist jedoch problematisch. Sie wird häufig auf Grundlage unterschiedlicher Verfahren an der Verortung der Parteien auf einer links-rechts Skala festgemacht.<sup>38</sup> Diese Herangehensweise hat zum Teil erhebliche Kritik hervorgerufen, da bezweifelt wird, dass sich alle politischen Streitfragen innerhalb eines Parteiensystems auf einer zweipoligen Konfliktdimension verorten beziehungsweise verdichten lassen.<sup>39</sup> Erweitert wurde dieses Modell, indem die Parteien in einem zweidimensionalen Wettbewerbsraum verortet wurden.<sup>40</sup> Für vergleichende Analysen können sich jedoch beide Methoden

---

<sup>37</sup> Pedersen 1980, S. 388.

<sup>38</sup> Vgl. Dalton 2008.

<sup>39</sup> Fuchs / Klingemann 1990, S. 228f.

<sup>40</sup> Vgl. Kitschelt 1997, S. 131f.

als ungeeignet erweisen, da ihre Übertragbarkeit von nationalen Spezifika abhängt, die stark variieren.

Neben der Analyse einzelner Systemeigenschaften wurden in der Forschung, durch die systematische Verdichtung und Zusammenfassung dieser Eigenschaften, Parteiensystemtypologien entwickelt. Verschiedenen Typen von Parteiensystemen weisen spezifische Konstellationen von Systemeigenschaften auf. Dabei werden quantitative Struktureigenschaften mit qualitativen Dispositionen kombiniert. Eine wichtige qualitative Struktureigenschaft ist die Struktur des politischen Wettbewerbs in einem Parteiensystem. Dieser kann auf ein politisches Zentrum gerichtet sein (zentrifugaler Wettbewerb) oder auf die politischen Ränder (zentripetaler Wettbewerb).<sup>41</sup> Die Intensität, mit der der Wettbewerb ausgetragen wird, kann sich ebenfalls erheblich unterscheiden. Sie hängt insbesondere davon ab, ob dauerhafte Koalitionen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und bestimmten Parteien existieren. Eine weitere qualitative Systemeigenschaft, die in dieser Untersuchung berücksichtigt wird, ist die Frage nach dem politischen Machtzentrum: Gelingt es einer Partei (oder mehreren Parteien), sich innerhalb des Parteiensystems so zu positionieren, dass sie dauerhaft die Mehrheit bildet oder für eine Mehrheit gebraucht wird?

Eine rein binnenzentrierte Sicht auf Parteiensysteme kann den Wandel von Parteiensystemen jedoch nicht hinreichend erklären. Oftmals gehen die Impulse für diesen Wandel von der politisch-sozialen Umwelt der Parteiensysteme aus. Für ergebnisorientierte – also gegenstandsorientierte – Untersuchungen von Parteiensystemwandel sind qualitative Fallanalysen am besten geeignet. Die Begründung und Erklärung von solchen Veränderungsprozessen kann durch die Einbettung quantitativer Daten in den qualitativen Kontext unterstützt werden.<sup>42</sup>

Weiterhin muss berücksichtigt werden, dass Parteien als eigenständige Akteure auch strategisch handeln.<sup>43</sup> Parteien haben die Möglichkeit, sich durch Veränderungen ihrer Haltung in politischen Sachfragen gegenüber den Wählern und ihren politischen Konkurrenten neu zu positionieren, wenn ihren Zielen (z.B. eine Regierungsbeteiligung oder die Wählermaximierung) damit gedient ist. Zudem ist die Betrachtung einzelner Parteien für die Analyse von Parteiensystemen relevant, weil die Ausprägungen ihrer Organisationsformen an neue Anforderungen in einer sich verändernden politisch-sozialen Umwelt angepasst werden.<sup>44</sup> Da diese Anpassungsleistungen nicht von allen Parteien gleichermaßen

---

<sup>41</sup> Sartori 1976, S. 121ff.

<sup>42</sup> Donovan / Broughton 1999, S. 255.

<sup>43</sup> Decker 1999 S. 349.

<sup>44</sup> Katz / Mair 2003, S. 113f.

erbracht werden, können sich die Wettbewerbschancen innerhalb des Systems neu verteilen.

## *2. Parteiensysteme im Verhältnis zu ihrer politisch-sozialen Umwelt: System-Umwelt-Analysen*

Folgt man der systemtheoretischen Überlegung, dass nicht nur die Beziehungen zwischen den in einem System existierenden Elementen zu den Eigenschaften eines Systems gehören,<sup>45</sup> sondern auch die jeweiligen Ausprägungen dieser Elemente, sind die jeweiligen Organisationsformen der Parteien in diese Analyse einzubeziehen. Die einzelnen Merkmale der Organisationsformen sind geeignet, als Indikatoren den Wandel von Parteiensystemen aufzuzeigen. Sie weisen zudem auf die Eigenheiten der Beziehungen zwischen Parteieliten, der Parteibasis und den Wählern hin.<sup>46</sup> Diese Verknüpfung hebt darauf ab, dass die Parteien Organisationsstrukturen, politische Angebote und Techniken zur Wählergewinnung entwickeln, die sich für sie in der jeweiligen Wettbewerbssituation günstig (oder vermeintlich günstig) auswirken. Aufgrund solcher Anpassungen von Parteien an eine veränderte politisch-soziale Umwelt, mit dem Ziel, die Aussichten bei Wahlen zu verbessern, können auch die strukturellen Systemeigenschaften beeinflusst werden. Durch programmatische und organisatorische Innovationen und veränderte Positionierungen gegenüber anderen Parteien, können Parteien quantitativen Systemwandel verhindern oder befördern.<sup>47</sup> Damit geht die Typologisierung von Parteien über eine Charakterisierung ihrer organisatorischen Ausprägungen hinaus. Sie ist verbunden mit der Frage, *wie* Parteien ihre zentrale Linkage-Funktion als Bindeglieder und Kommunikationsinstanzen zwischen der Gesellschaft und den Institutionen des Regierungssystems wahrnehmen.<sup>48</sup> Bei der Betrachtung dieser Funktion geht es um die Charakteristiken der Beziehungen und die Eigenheiten der Kommunikation zwischen den Parteiführungen auf der einen und den Parteimitgliedern und Wählern auf der anderen Seite. Die Parteiführungen sind dem Parteiensystem zuzuordnen, die Wähler und die einfachen Parteimitglieder der gesellschaftlichen Sphäre.

Ein zentraler Aspekt der Linkage-Funktion von Parteien, das Ermöglichen von Kommunikation zwischen Regierenden und Regierten, bleibt unter demokratischen Bedingungen erhalten. Der damit verbundene „demokratische Mecha-

---

<sup>45</sup> Vgl. Niedermayer 1996, S. 19f.

<sup>46</sup> Bondel 2003, S. 233f.

<sup>47</sup> Vgl. Decker 1999, S. 346f.

<sup>48</sup> Vgl. Poguntke 2005, S. 44.

nismus<sup>49</sup>, der Tausch von Politik gegen Wählerstimmen, blieb als Strukturprinzip bisher bestehen.<sup>49</sup> Aufgrund unterschiedlicher sozialer und technischer Voraussetzungen haben Parteien diese Funktion im Laufe der Zeit auf sehr unterschiedliche Weise wahrgenommen. Die Kommunikation zwischen Parteien und den Wählern, die diesen Mechanismus aufrecht hält, hat sich in Abhängigkeit von den gesellschaftlichen und technologischen Bedingungen verändert. Sie kann direkt erfolgen, indem die Parteiführungen über die Massenmedien mit ihren Wählern kommunizieren oder indirekt über Multiplikatoren. Das heißt, mit Hilfe von Parteimitgliedern und Kollateralorganisationen der Zivilgesellschaft, die ähnliche Ziele verfolgen wie einzelne Parteien.<sup>50</sup>

In der historischen Abfolge entwickelte sich im Zuge einer schrittweisen Parlamentarisierung in einigen Ländern Westeuropas zunächst der Typus der Honoratiorenpartei. Der politisch-gesellschaftliche Hintergrund, vor dem sich dieser Parteitypus herausbildete, waren die noch nicht vollständig entwickelten demokratischen Wettbewerbsbedingungen, mit einem auf privilegierte Schichten beschränkten Wahlrecht, im 19. Jahrhundert. Honoratiorenparteien können entweder der liberalen oder der konservativen Parteienfamilie zugerechnet werden.<sup>51</sup> Parteien dieses Typs werden als lose geknüpfte Netzwerke charakterisiert, die sich aus Kommunikationszusammenhängen bürgerlicher Eliten entwickelt haben. Innerhalb dieser Schichten überschneidet sich der gesellschaftliche Umgang häufig mit den politischen Aktivitäten. Die Interessen und Präferenzen der Wählerklientel von Honoratiorenparteien hatten aufgrund des gleichen gesellschaftlichen Hintergrundes und des Umganges untereinander eine große gemeinsame Schnittmenge mit denen der politisch aktiven Personen.

Durch die Ausweitung des Wahlrechts auf immer breitere Schichten wurden Honoratiorenparteien zunehmend von den aufkommenden Massenintegrationsparteien herausgefordert, die als typische Organisationsform der Arbeiterklasse und des politischen Katholizismus in religiös gespaltenen Ländern entstanden (sozialistische beziehungsweise religiöse, insbesondere katholische, Parteien).<sup>52</sup> Dieser Typus war den veränderten Wettbewerbsbedingungen, mit einer großen, potenziell erreichbaren Wählerschaft, besser gewachsen. Massenparteien konnten auf eine große Zahl von Aktivisten, die sich aus ihrer breiten Mitgliedschaft

---

<sup>49</sup> Poguntke 2005, S. 44.

<sup>50</sup> Vgl. Poguntke 2002, S. 790f.

<sup>51</sup> Weber 1980, S. 837ff.

<sup>52</sup> In Österreich entwickelte sich im späten 19. Jahrhundert eine Partei des politischen Katholizismus (Christlichsoziale Partei), obwohl die Bevölkerung fast ausschließlich katholisch war. In den Niederlanden entstanden zudem auch Parteien mit einer protestantisch-politischen Grundlage und einer breiten Mitgliederbasis. Vgl. Kap. VI und Kap. VII.